

EWN

Entsorgungswerk für
Nuklearanlagen



Pressespiegel

15.07.2021

Inhalt

EWN

1 Ehemalige Bergwerke in Niedersachsen spielen bei der Lagerung von Atommüll eine große Rolle <i>Neue Osnabrücker Zeitung Stadt, 15.07.2021</i>	3
2 Salzformation zu dünn für Atom-Endlager im Südharz <i>thueringer-allgemeine.de, 14.07.2021</i>	4
3 Philippsburg soll weniger, aber dafür hochradioaktiven Atommüll bekommen <i>BADISCHE NEUESTE NACHRICHTEN Bruchsaler Rundschau, 15.07.2021</i>	5
4 Ausstieg aus der Kernenergie: Wohin mit dem Atommüll? – Niedersachsen blickt in die Schweiz <i>shz.de (Schleswig-Holsteinischer Zeitungsverlag), 14.07.2021</i>	6

📰 Neue Osnabrücker Zeitung Stadt | 15.07.2021 | S. 5

📄 Auflage: 27.154 | Reichweite: 62.334

DAS ENDE DER ASSE UND DER START FÜR SCHACHT KONRAD

Ehemalige Bergwerke in Niedersachsen spielen bei der Lagerung von Atommüll eine große Rolle

Im ehemaligen Bergwerk Asse bei Remlingen (Landkreis Wolfenbüttel) liegen rund 126 000 Fässer mit schwach und mittelradioaktiven Abfällen. Zuletzt hieß es, dass eine Rückholung 2033 starten könnte. Der gesetzliche Auftrag lautet, die Anlage unverzüglich stillzulegen. Mit der endgültigen Schließung wird allerdings frühestens 2050 gerechnet. Bis 1978 wurde unter dem Deckmantel der Forschung **Atommüll** in dem Bergwerk **entsorgt**. Erst 2008 erfuhr das Umweltministerium offiziell vom Eindringen von Wasser in das Salzbergwerk und der Gefahr einer **radioaktiven** Belastung

der Umgebung.

Derzeit entsteht in Salzgitter das **Endlager Konrad** – das erste **atomrechtlich** genehmigte Endlager in Deutschland. Dort soll ab 2027 die Endlagerung schwach und mittelradioaktiver Abfälle beginnen. Der gesamte Einlagerungsbetrieb im Schacht Konrad soll bis 2057 abgeschlossen sein. Nach dem Umbau sollen bis zu 303 000 Kubikmeter schwach und mittelradioaktive Abfälle dort eingelagert werden. Kritiker fordern aber seit Langem einen sofortigen Baustopp.

Salzformation zu dünn für Atom-Endlager im Südharz

Nordhausen. Bei Standortsuche sieht Landrat aber Gefahr einer politischen Entscheidung. Der BUND-Kreisverband fordert mehr Transparenz.

Die Kalibergwerke gehören zum Südharz. Das nun zur Debatte stehende Bergwerk aber ist anderer Natur: Nicht zur Rohstoffgewinnung soll es gebaut werden, sondern für rund 1900 Castorbehälter, gefüllt mit verbrauchten hoch *radioaktiven* Brennstäben deutscher *Atomkraftwerke*.

Ob der Südharz dafür ausgewählt wird, fragen sich manche gerade, seitdem vor einigen Tagen bekannt wurde, dass weite Teile Thüringens und mithin auch der südliche Landkreis zwischen Görzbach im Südosten und Trebra im Nordwesten näher in den Fokus gerückt sind. Die Bundesgesellschaft für Endlagerung (*BGE*) hatte über die Auswahl von vier Regionen Deutschlands mit unterschiedlichen Wirtsgesteinen informiert, die zur Methodenentwicklung für die Standortauswahl oberirdisch erkundet werden sollen.

Landrat Matthias Jendricke (SPD) wurde von dieser Nachricht überrascht. Dass er dennoch nach wie vor nicht mit einem Endlager im Südharz rechnet, hängt mit Ergebnissen früherer Untersuchungen zusammen. 2016 sei der Landkreis in der zweiten Auswahlrunde ausgeschieden, weil die Deckschicht der hiesigen Salzformation „nicht ausreichend“ sei, „um den notwendigen Wärmeschutz eines *Atomendlagers* darstellen zu können“. Die Salzformationen müssten hierfür durchgängig mindestens 100 Meter stark sein.

An diesem Ausschlussgrund könne sich wissenschaftlich nichts geändert haben, meint Jendricke. Dennoch sagt er auch: „Man muss wachsam sein.“ Nicht auszuschließen sei, dass „am Ende politische Entscheidungen überwiegen“, sich also „manche Bundesländer von dem Thema kraft ihres politischen Einflusses freikaufen“. Zu Lasten der neuen Bundesländer.

Im Jahr 2031 entscheidet der Bundestag zum Standort

BUND-Kreissprecherin Heidi Schell verweist auf den Fakt, dass auf dem Territorium der früheren DDR die

vorhandenen Bohrdaten öffentlich zugänglich sind, sind diese doch seit jeher in Staatsbesitz. Anders in den Altbundesländern: „Die Erkundungsdaten gehören den Firmen. Daran, dass diese offengelegt werden müssen, muss die *BGE* erst arbeiten.“ Und: „Die Gebiete mit den meisten Informationen sind doch letztlich die attraktivsten.“

Im Jahr 2031 soll der Bundestag eine endgültige Standort-Entscheidung treffen. Laut einem Zwischenbericht der Bundesgesellschaft für Endlagerung vom vorigen Herbst kommen theoretisch 54 Prozent der Fläche von Deutschland – insgesamt 90 Teilgebiete – wegen einer „günstigen geologischen Gesamtsituation“ infrage.

Begleitet werden soll der Prozess der Standortsuche von einer Öffentlichkeitsbeteiligung. Dafür finden Fachkonferenzen statt. Heidi Schell brandmarkt diese allerdings als „Simulation einer Bürgerbeteiligung“ und berichtet, wie bei der jüngsten Konferenz vor etwa einem Monat die Auswahl von Gebieten zur Methodenentwicklung mit keinem Wort Thema war. „Dieses Vorgehen schürt nur Misstrauen“, kritisiert sie die *BGE* und fordert mehr Transparenz. Offengelegt werden müsse beispielsweise, warum gerade die vier Regionen für die Methodenentwicklung ausgewählt wurden.

BUND befürchtet Standortentscheidung für Region mit geringstem Widerstand

Heidi Schell weiß, dass für die Castorbehälter ein dauerhaft sicheres Lager gefunden werden muss. Diesen Auswahlprozess gelte es kritisch zu begleiten, damit letztlich die Entscheidung für den am besten geeigneten Standort fällt und nicht für jene Region, wo der Widerstand am geringsten ist.

Schon jetzt gehöre das Thema auf die Agenda von Abgeordneten des Bundestags und der Landtage. Die BUND-Sprecherin ist überzeugt: Ein *Atomendlager* im Südharz würde das Wiederaufleben des Kalisalzbergbaus in ganz Nordthüringen unmöglich machen. Außerdem würde es die Regionalentwicklung ausbremsen und die Immobilienpreise verschlechtern.

📰 BADISCHE NEUESTE NACHRICHTEN - Bruchsaler Rundschau | 15.07.2021 | S.

📄 24 Auflage: 18.651 | Reichweite: 57.560

👤 Werner Schmidhuber

Philippsburg soll weniger, aber dafür hochradioaktiven Atommüll bekommen

Pläne für Atommüll-Rücktransport nach Philippsburg vorgestellt / Unbehagen im Gemeinderat

Philippsburg. Mengenmäßig soll bis 2024 etwas weniger Atommüll nach Philippsburg zurücktransportiert werden, doch dafür handelt es sich um hochradioaktive und nicht mehr um mittelradioaktive Abfälle. Über die „neue Lösung“ und über die diesbezügliche Vereinbarung zwischen Deutschland und Frankreich informierten mit Ewold Seeba und Michael Hoffmann zwei hochrangige Vertreter der Gesellschaft für Zwischenlagerung (BGZ) – zusammen mit dem Geschäftsführer der EnBW Kernkraft, Jörg Michels – den Gemeinderat in öffentlicher Sitzung.

Ob bei Bürgermeister Stefan Martus (parteilos) oder den Fraktionssprechern Hans-Gerd Coenen (CDU), Peter Steinel (Unabhängige Liste), Peter Kremer (FW) und Jasmine Kirschner (SPD): Skepsis, Zweifel und Unbehagen bleiben.

Im Vordergrund der Nachfragen aus dem Plenum standen Aspekte der Sicherheit beim Transport und bei der Lagerung. Was immer wieder zum Ausdruck kam: Ob es jemals irgendwo ein Endlager geben wird oder ob das Philippsburger Zwischenlager als „vorläufiges Endlager“ erhalten bleibt?

Mit der Philippsburger Lösung sei der Rücktransport aller Atomabfälle, die Deutschland aus Frankreich zurücknehmen muss, abgeschlossen, hieß es. Nunmehr bleiben, anders als zunächst vorgesehen, 152 Behälter mit radioaktiven Metallresten in Frankreich. Dafür sollen neben den Castor-Transporten nach Philippsburg noch 30 leere Brennelemente-Transportbehälter ins deutsche Zwischenlager Ahaus gebracht werden. Auch das ist Teil der Gesamteinigung.

Beschlossen ist jetzt, bis 2024 „drei bis fünf Castoren des Typs HAW28M“ auf den Weg nach Philippsburg zu schicken. Doch geht es nicht nur um die Zahl der reinen Behälter. Die Menge an Radioaktivität soll insgesamt unverändert bleiben. Auf einem Schaubild ließ die BGZ wissen: Die gleichen Castor-Behälter werden und wurden auch für die Rückführung verglasteter hochradioaktiver Abfälle an die Standorte Biblis, Isar und Brokdorf eingesetzt.

Wie Hoffmann ausführte, sind die deutschen Kernkraftwerksbetreiber dazu verpflichtet, radioaktive Abfälle aus Frankreich zurückzunehmen, die dort bei der Wiederaufarbeitung abgebrannter Brennelemente entstanden sind. Das Konzept entspreche der fairen Lastenverteilung nach dem Verursacherprinzip, meinte der Bereichsleiter. „Unter sicherheitstechnischen Gesichtspunkten stellt die neue Lösung für Philippsburg keine Veränderung dar.“ Ein weiterer Versuch eines Trostes für die Bevölkerung: Das Lager in Philippsburg werde „abschließend nur zu zwei Drittel“ gefüllt sein.

So lange werden die Castoren in Philippsburg ruhen, bis die Endlagerung gefunden ist. Nicht nur den Stadträten bereitet diese lange Zeitspanne Sorgen, wie bei der Aussprache deutlich wurde, sondern auch den Bürgern, die als Zuhörer die Informationen verfolgten. Zu Beginn der Diskussionsrunde hatte Stadtrat Hans-Gerd Coenen die Miteinbeziehung der Bürgerschaft in Form einer zeitnahen Bürgerversammlung gefordert, was auch zugesagt wurde.

Ausstieg aus der Kernenergie: Wohin mit dem Atommüll? – Niedersachsen blickt in die Schweiz

Niedersachsens Umweltminister Olaf Lies (SPD) wirft einen Blick in die Schweiz.

Bis zum Jahr 2031 soll ein Standort für ein Atommüll-Endlager in Deutschland gefunden sein. Niedersachsen ist dabei längst nicht aus dem Rennen.

Flensburg. Gesucht wird: Der bestmögliche und sicherste Standort für ein unterirdisches **Atommüll**-Endlager in Deutschland, tief vergraben in einem Bergwerk. Dazu braucht es ein Gestein, dessen Barrierewirkung sich im Laufe von einer Million Jahre nicht verändert. Als geologische Formationen kommen Salz, Ton und kristallines Gestein wie Granit infrage. Kristallin, Granitgestein also, kommt in Deutschland vor allem in Bayern und Sachsen vor.

Glück gehabt? Mitnichten. In Niedersachsen herrschen schließlich Ton und Salz vor. Während völlig unklar ist, wo in Deutschland das Endlager entstehen wird, steht fest, dass bis Ende 2022 in Deutschland das letzte **Atomkraftwerk** vom Netz gehen, bis 2031 Klarheit über den Endlager-Standort herrschen und die Deponie für den **radioaktiven** Giftmüll bis 2050 fertiggestellt sein soll. Mit der Standortsuche ist die Bundesgesellschaft für Endlagerung (**BGE**) beauftragt. Das letzte Wort hat der Bundestag. Eine Bestandsaufnahme.

„Mir ist es ein großes Anliegen, dass dieser Prozess der Endlager- und Standortsuche ergebnisoffen und ohne Vorfestlegung auf eine Gesteinsschicht geführt wird.“

Niedersachsens Umweltminister Lies erkundigt sich in der Schweiz

Niedersachsens Umweltminister Olaf Lies ist in dieser Woche mit einer Delegation in die Schweiz gereist. Auf dem Programm stehen die Besichtigung des Felslabors Grimsel und des Felslabors Mont Terri. Das Felslabor Grimsel wurde 1983 als Untertagelabor im kristallinen Gestein zur Erforschung der sicheren Tiefenlagerung **radioaktiver** Abfälle eröffnet. Das Felslabor Mont Terri ist eine internationale Forschungsplattform zur geologischen Tiefenlagerung in Tongesteinen. Das Labor wurde im Jahr 1995 eröffnet. „Von der

Schweiz können wir viel lernen. Vor allem auch, wie sie es geschafft haben, das Standortauswahlverfahren unter Beteiligung der Öffentlichkeit und der betroffenen Kommunen zu organisieren und dabei einen transparenten Entscheidungsprozess zu garantieren“, betont der SPD-Politiker und fügt hinzu: „Mir ist es ein großes Anliegen, dass dieser Prozess der Endlager- und Standortsuche ergebnisoffen und ohne Vorfestlegung auf eine Gesteinsschicht geführt wird. Alle Möglichkeiten und Varianten der Lagerung müssen ernsthaft und intensiv geprüft und abgewogen werden.“

Die Schweizer forschen bereits seit Jahren an sicheren und geeigneten Endlager-Möglichkeiten in Gestein. Die Schweiz-Tour von Umweltminister Lies schließt sich zwei vorangegangenen Reisen zum gleichen Thema nach Finnland im Jahr 2019 und Frankreich im Jahr 2020 an.

Was ist mit Gorleben?

Ursprünglich hatte Deutschland ein Endlager im niedersächsischen Gorleben geplant. Nach jahrzehntelangen Protesten hatte der Bund im Jahr 2017 schließlich aber ein bundesweites Verfahren gestartet und die Suche völlig neu aufgerollt. Der Salzstock schied dann bereits im vergangenen Jahr wegen geologischer Mängel aus der bundesweiten Suche aus. Ende September vorigen Jahres hatte die **BGE** gleichzeitig mitgeteilt, dass große Teile Deutschlands und eben auch Niedersachsens für ein **Atomendlager** nach geologischen Kriterien grundsätzlich geeignet sind.

Bayern und Sachsen lehnen Endlager bei sich grundsätzlich ab

So zeigt der im Herbst vorigen Jahres vorgestellte Bericht, dass in Deutschland mehr als 50 und in Niedersachsen sogar rund 90 Prozent der Flächen zu den geeigneten Regionen gehören. Dabei ist zu be-

denken, dass es sich in Niedersachsen teils um überlappende Teilgebiete mit zusammengerechnet 41.507 Quadratkilometern handelt. Die Landesfläche beträgt 47.614 Quadratkilometer. Denkbar wären drei Varianten: Erstens Salzformationen wie in Gorleben oder der Asse. Solche gibt es auch im emsländischen Wahn oder im Bereich Bad Zwischenahn (Kreis Ammerland). Zweitens Tongesteine, wie sie von der süddeutschen Schwäbischen Alb bekannt sind, die aber wahrscheinlich auch unter weiten Teilen Niedersachsens und dem nördlichen Nordrhein-Westfalen liegen. Drittens Kristallin wie im finnischen Olkiluoto, wo sich Umweltminister Lies bereits vor einiger Zeit informiert hatte. Das kommt im Harz, aber vor allem in Bayern und Sachsen vor. Beide Länder lehnen Endlager bei sich aber grundsätzlich ab. Ehe einst die mittlerweile überholte Vor-Festlegung auf Gorleben erfolgte, waren in Niedersachsen die Salzstöcke Wahn im Emsland, Lutterloh im Kreis Celle und Lichtenhorst im Kreis Nienburg favorisiert worden.

Diese Regionen in Niedersachsen sind betroffen

In Niedersachsen sind 45 Landkreise und kreisfreie Städte von einem oder mehreren der 56 im Herbst durch die **BGE** ausgewiesenen Teilgebiete betroffen. Dies sind die Kreise Ammerland, Aurich, Celle, Cloppenburg, Cuxhaven, Diepholz, Emsland, Friesland, Gifhorn, Goslar, Göttingen, Grafschaft Bentheim, Hameln-Pyrmont, Harburg, Heidekreis, Helmstedt, Hildesheim, Holzminden, Leer, Lüchow-Dannenberg, Lüneburg, Nienburg, Northeim, Oldenburg, Osnabrück, Osterholz, Peine, Region Hannover, Rotenburg, Schaumburg, Stade, Uelzen, Vechta, Verden, Wesermarsch, Wittmund und Wolfenbüttel. Die betroffenen Städte sind Braunschweig, Delmenhorst, Emden, Oldenburg, Osnabrück, Salzgitter, Wilhelmshaven und Wolfsburg.

1900 Castor-Behälter warten auf ein Endlager

Insgesamt warten laut Wolfram König, Präsident des Bundesamts für die Sicherheit der **nuklearen Entsorgung (BASE)** , 1900 Castor-Behälter auf ein Endlager. Sie stehen derzeit oberirdisch in 16 Zwischenlagern. Die Zwischenlager seien für 40 Jahre genehmigt. "Das ist keine Dauerlösung", meint König und fügt hinzu: "Beton, Wachmannschaften, Stacheldraht können nicht die Sicherheit ersetzen, die die Geologie dauerhaft bietet."

"Es ist für mich absolut unverständlich, dass sich einzelne Länder offensichtlich nach und nach verabschieden wollen. Bayern und Sachsen etwa. So wird das nicht laufen können."

Es gibt Streit zwischen den Ländern

Während Bayern den Ausschluss des Standorts Gorleben bemängelte, gab es bereits vorher aus Niedersachsen heftige Kritik an den Landesregierungen von Bayern und Sachsen. Niedersachsens Ministerpräsident Stephan Weil (SPD) hatte mit großem Unverständnis auf die Haltung Bayerns und Sachsens bei der Suche nach einem **atomaren** Endlager reagiert. Es sei ein Erfolg, dass man sich auf eine weiße Landkarte ohne Vorfestlegung verständigt habe, sagte Weil. Dies sei eine nationale Aufgabe, der sich niemand entziehen dürfe. „Deshalb ist es für mich absolut unverständlich, dass sich einzelne Länder offensichtlich nach und nach verabschieden wollen. Bayern und Sachsen etwa. So wird das nicht laufen können.“ Niemand solle glauben, Niedersachsen sei das **Atomklo** der Bundesrepublik Deutschland". Der scharfen Weil-Kritik an Bayern und Sachsen schloss sich auch **BASE-**Präsident Wolfram König an: „Ein solches Vorgehen ist in keiner Weise hilfreich. Wenn das Schule macht, dass einzelne Länder Gesteinsformationen ausschließen, die bei ihnen selbst existieren, dann konterkariert es das gesamte Verfahren.“

Rückholung aus der Asse könnte im Jahr 2033 beginnen

In dem maroden und stillzulegenden ehemaligen Bergwerk Asse bei Remlingen im Landkreis Wolfenbüttel liegen in 13 Kammern rund 126.000 Fässer mit schwach- und mittelradioaktiven Abfällen. Zuletzt hieß es, dass eine Rückholung 2033 starten könnte. Der gesetzliche Auftrag lautet, die Anlage unverzüglich stillzulegen. Dies soll nach Rückholung der **radioaktiven** Abfälle erfolgen. Mit der endgültigen Schließung der Schachanlage wird allerdings frühestens 2050 gerechnet. Bis 1978 wurde unter dem Deckmantel der Forschung **Atommüll** in dem Bergwerk **entsorgt** . Erst 2008 erfuhr das Umweltministerium offiziell vom Eindringen von Wasser in das Salzbergwerk und der Gefahr einer **radioaktiven** Belastung der Umgebung. Das führte zum Plan, die Fässer nach vielen Jahrzehnten wieder an die Erdoberfläche zu holen.

Schacht Konrad (Eisenerz-Bergwerk)

Derzeit entsteht in Salzgitter das **Endlager Konrad** - das erste **atomrechtlich** genehmigte Endlager in Deutschland. Dort soll mit Ende der Bauphase ab 2027 die Endlagerung schwach- und mittelradioaktiver Abfälle beginnen. Der gesamte Einlagerungsbetrieb im Schacht Konrad soll bis 2057 abgeschlossen sein. Für das ehemalige Eisenerzbergwerk liegt bereits seit 2002 die Genehmigung für die Errichtung und den Betrieb eines Endlagers vor. Nach dem Umbau sollen bis zu 303.000 Kubikmeter schwach- und mittelradioaktive Abfälle dort eingelagert werden. Kritiker fordern aber seit langem einen sofortigen Baustopp.